

Ordentliche Hauptversammlung 2011
der
Autobank Aktiengesellschaft
am 27. Mai 2011

Bericht des Vorstand der Autobank Aktiengesellschaft gemäß §§ 170 Abs 2 iVm 153 Abs 4 AktG zur Ermächtigung zum Ausschluss des Bezugsrechts iZm mit der Ermächtigung des Vorstands zur Kapitalerhöhung gemäß § 169 AktG gegen Bar- oder Sacheinlagen

1. Ermächtigung

Zu Punkt 6. der Tagesordnung (Genehmigtes Kapital) schlagen Vorstand und Aufsichtsrat der Autobank Aktiengesellschaft (im Folgenden „**Gesellschaft**“) der Hauptversammlung folgende Beschlussfassung vor:

1. Unter der aufschiebenden Bedingung der Eintragung der zu Punkt 5. der Tagesordnung zu beschließenden Kapitalerhöhung im Firmenbuch wird die in der Hauptversammlung der Gesellschaft vom 31.08.2010 beschlossene Ermächtigung des Vorstands gemäß § 169 AktG, das Grundkapital bis zum 04.09.2015 um bis zu EUR 2.826.756 durch Ausgabe von bis zu 2.826.756 Stück neuen, auf Inhaber lautende Stammaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen mit oder ohne Bezugsrechtsausschluss zu erhöhen widerrufen und gleichzeitig durch folgende Ermächtigung ersetzt:

Der Vorstand ist für fünf Jahre nach Eintragung der entsprechenden Satzungsänderung im Firmenbuch gemäß § 169 AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, das Grundkapital um bis zu EUR 4.571.576,00 durch Ausgabe von bis zu 4.571.576 Stück neuen auf den Inhaber lautender Stammaktien oder stimmrechtsloser Vorzugsaktien, die mit denselben satzungsmäßigen Rechten wie die – nach Eintragung der zu Punkt 5. der Tagesordnung zu beschließenden Satzungsänderung – in §§ 5 und 12 der Satzung der Gesellschaft beschriebenen stimmrechtslosen Vorzugsaktien ausgestattet sind, gegen Bar- und/oder Sacheinlagen, auch gegen Sacheinlage von Forderungen gegen die Gesellschaft, auch in mehreren Tranchen, zu erhöhen und den Ausgabekurs sowie die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Die Ermächtigung umfasst auch die Befugnis, stimmrechtslose Vorzugsaktien auszugeben, die den früher ausgegebenen stimmrechtslosen Vorzugsaktien bei der Verteilung des Gewinnes oder des Gesellschaftsvermögens gleichstehen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung

des Aufsichtsrates das Bezugsrecht der Aktionäre ganz oder teilweise auszuschließen (i) bis zu 10% des im Zeitpunkt der Eintragung der Satzungsänderung im Firmenbuch eingetragenen Grundkapitals bei Zuteilung der Stamm- und/oder Vorzugsaktien an einen Investor, welcher durch seine Kompetenz und/oder sein Investitionskapital neue Geschäftsfelder für die Gesellschaft eröffnen kann oder damit die Marktstellung der Gesellschaft verfestigt und stärkt (strategischer Investor), oder wenn die Kapitalerhöhung (ii) gegen Sacheinlagen oder (iii) zur Bedienung einer Mehrzuteilungsoption (Greenshoe) erfolgt oder (iv) für den Ausgleich von Spitzenbeträgen. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, Änderungen der Satzung, die sich durch die Ausgabe von Aktien aus dem genehmigten Kapital ergeben, zu beschließen.

2. Die Satzung wird in § 5 (Grundkapital, Aktien) Abs (5) in der Weise geändert, dass dieser folgenden Wortlaut erhält:

„(5) Der Vorstand ist für fünf Jahre nach Eintragung der entsprechenden Satzungsänderung im Firmenbuch gemäß § 169 AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates, das Grundkapital um bis zu EUR 4.571.576,00 durch Ausgabe von bis zu 4.571.576 Stück neuen auf den Inhaber lautender Stammaktien oder stimmrechtsloser Vorzugsaktien, die mit denselben satzungsmäßigen Rechten wie die in §§ 5 und 12 der Satzung der Gesellschaft beschriebenen stimmrechtslosen Vorzugsaktien ausgestattet sind, gegen Bar- und/oder Sacheinlagen, auch gegen Sacheinlage von Forderungen gegen die Gesellschaft, auch in mehreren Tranchen, zu erhöhen und den Ausgabekurs sowie die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Die Ermächtigung umfasst auch die Befugnis, stimmrechtslose Vorzugsaktien auszugeben, die den früher ausgegebenen stimmrechtslosen Vorzugsaktien bei der Verteilung des Gewinnes oder des Gesellschaftsvermögens gleichstehen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Bezugsrecht der Aktionäre ganz oder teilweise auszuschließen (i) bis zu 10% des im Zeitpunkt der Eintragung der Satzungsänderung im Firmenbuch eingetragenen Grundkapitals bei Zuteilung der Stamm- und/oder Vorzugsaktien an einen Investor, welcher durch seine Kompetenz und/oder sein Investitionskapital neue Geschäftsfelder für die Gesellschaft eröffnen kann oder damit die Marktstellung der Gesellschaft verfestigt und stärkt (strategischer Investor), oder wenn die Kapitalerhöhung (ii) gegen Sacheinlagen oder (iii) zur Bedienung einer Mehrzuteilungsoption (Greenshoe) erfolgt oder (iv) für den Ausgleich von Spitzenbeträgen. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, Änderungen der Satzung, die sich durch die Ausgabe von Aktien aus dem genehmigten Kapital ergeben, zu beschließen.“

Aufgrund von §§ 170 Abs 2 iVm 153 Abs 4 AktG hat der Vorstand der Hauptversammlung einen schriftlichen Bericht über die Gründe für die Möglichkeit zum Ausschluss des

Bezugsrechts vorzulegen, in dem auch der vorgeschlagene Ausgabebetrag der Aktien zu begründen ist.

2. Bezugsrechtsausschluss bei Barkapitalerhöhung und Zuteilung von Aktien an einen strategischen Investor

Die nachhaltige Festigung der Markstellung der Gesellschaft kann durch eine Stärkung der Eigenmittel der Gesellschaft erfolgen, weshalb es aus strategischen Überlegungen zweckmäßig oder notwendig sein kann, einen Investor, welcher durch seine Kompetenz und/oder sein Investitionskapital neue Geschäftsfelder für die Gesellschaft eröffnen kann oder aber damit die Markstellung der Gesellschaft verfestigt und stärkt, als neuen Aktionär für die Gesellschaft zu gewinnen, dies gegen Gewährung von neuen Stamm- und/oder Vorzugsaktien ohne Stimmrecht aus einer Erhöhung des Grundkapitals. Dem Vorstand soll daher die Möglichkeit offen stehen, in diesem Fall das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, um die Kapitalerhöhung durch Zuteilung der neuen Stamm- und/oder Vorzugsaktien ohne Stimmrecht an einen derartigen strategischen Investor durchführen zu können. In diesem Fall soll der Bezugsrechtsausschluss mit 10% des im Zeitpunkt der Eintragung der Satzungsänderung zum genehmigten Kapital im Firmenbuch eingetragenen Grundkapitals beschränkt sein.

3. Bezugsrechtsausschluss bei Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen

Der Ausbau sowie die Stärkung der Markstellung der Gesellschaft wird möglicherweise nicht alleine aus der bestehenden Struktur heraus stattfinden können. Es könnte daher zweckmäßig sein, insbesondere auch andere Unternehmen oder Betriebe im In- oder Ausland zu erwerben. Dies kann rechtlich sowohl als Kauf bestimmter Vermögensgegenstände eines derartigen Unternehmens oder Betriebes in Form eines Asset-Deals als auch als Erwerb von Anteilen an einer Gesellschaft (Share-Deal) gestaltet werden. In beiden Fällen kann die Gegenleistung nicht nur in Geld, sondern auch in Stamm- und/oder Vorzugsaktien ohne Stimmrecht der Gesellschaft bestehen. Das kann sowohl vorrangig im Interesse der Gesellschaft als Käuferin als auch im Interesse des Veräußerers liegen. Auch aus strategischen Überlegungen kann es zweckmäßig oder notwendig sein, den Erwerb von Vermögensgegenständen oder Gesellschaftsanteilen durch Sacheinlage des Zielunternehmens gegen Gewährung von neuen Stamm- und/oder Vorzugsaktien ohne Stimmrecht aus einer Erhöhung des Grundkapitals durchzuführen. Dem Vorstand soll daher die Möglichkeit eröffnet werden, in diesem Fall das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen.

Die Gewährung von neuen Stamm- und/oder Vorzugsaktien ohne Stimmrecht als Gegenleistung kann auch dann erforderlich sein, wenn Veräußerer zur Übertragung des Unternehmens oder der Anteile nur bereit sind, wenn sie ihrerseits eine Beteiligung (oder

zumindest die Möglichkeit einer Beteiligung) an der Gesellschaft erhalten. Aus der Sicht der Gesellschaft kann es aus strategischen oder unternehmensorganisatorischen Gründen geboten sein, den Veräußerer als Aktionär in die Gesellschaft einzubinden. Der Ausschluss des Bezugsrechtes der Aktionäre ist in einem solchen Fall im Gesellschaftsinteresse und im Aktionärsinteresse, weil regelmäßig ein besonderes Interesse der Gesellschaft am Erwerb des betreffenden Unternehmens oder der Anteile am betreffenden Unternehmen besteht.

Die Investition/Akquisition gegen Gewährung von Stamm- und/oder Vorzugsaktien ist für die Gesellschaft auch deshalb von Vorteil, weil diese Form der Finanzierung nicht den Liquiditätsbedarf der Gesellschaft erhöht und die Gesellschaft nicht mit Zinsaufwendungen belastet ist.

Will die Gesellschaft eine bestimmte Investition/Akquisition vornehmen, ist der Bezugsrechtsausschluss geeignet und erforderlich, die vorgenannten Ziele zu erreichen. Die Bezugsrechte der Aktionäre müssen ausgeschlossen werden, da das einzubringende Vermögen in seiner Zusammensetzung nicht von allen Aktionären eingebracht werden kann. Im Rahmen der Interessenabwägung überwiegt das Interesse der Gesellschaft und der Aktionäre an der Investition/Akquisition.

Die Wahrung der Interessen der Altaktionäre ist dadurch sichergestellt, dass der Wert des einzubringenden Unternehmens oder der Anteile daran dem Wert der auszugebenden Stamm- und/oder Vorzugsaktien gegenübergestellt wird; dieses Verhältnis ist angemessen festzusetzen. Die Altaktionäre nehmen darüber hinaus künftig an den Gewinnen des erworbenen Unternehmens, die sich in der Regel auch durch Synergien mit der Gesellschaft erhöhen sollten, teil.

Die Gesellschaft hat durch die Ermächtigung zum Bezugsrechtsausschluss auch die Möglichkeit, Debt Equity-Swaps (Forderungseinlagen) im Wege von Sachkapitalerhöhungen durchzuführen. Debt Equity-Swaps bieten der Gesellschaft die Möglichkeit, ohne dass eine Zuführung von Liquidität erforderlich ist, die Bilanzstruktur und Eigenkapitalquote zu verbessern. Um Debt Equity-Swaps durchführen zu können, ist die Ermächtigung, das Bezugsrecht der Aktionäre im jeweils erforderlichen Ausmaß ausschließen zu können, notwendig.

Der Bezugspreis der neuen Stamm- und/oder Vorzugsaktien wird sich am Verkehrswert orientieren und hat zum Wert der Sacheinlage in einem angemessenen Verhältnis zu stehen.

4. Bezugsrechtsausschluss bei Mehrzuteilungsoption (Greenshoe)

Im Rahmen der Platzierung neuer Aktien der Gesellschaft ist es oft sinnvoll, Mehrzuteilungsoptionen (Greenshoe) einräumen zu können. Mehrzuteilungsoptionen (Greenshoe) kommen bei Überzeichnung einer neuen Emission zur Anwendung, also wenn

die Nachfrage nach den auszugebenden Aktien größer als das Angebot ist. In einem solchen Fall besteht im Rahmen von Mehrzuteilungsoptionen die Möglichkeit, zusätzliche Wertpapiere zu denselben Bedingungen auszugeben, zu denen bereits die im Zuge der Kapitalerhöhung begebenen Aktien ausgegeben wurden. Eine solche bei Wertpapieremissionen übliche Maßnahme hat den Zweck, die Kursentwicklung nach der Platzierung der Aktien zu stabilisieren und liegt damit nicht nur im Interesse der Gesellschaft sondern auch der Aktionäre. Um diese Funktion erfüllen zu können, muss das Bezugsrecht der Aktionäre für die Mehrzuteilungsoption (Greenshoe) durch den Vorstand ausgeschlossen werden können.

Der Ausgabebetrag im Rahmen einer Mehrzuteilungsoption (Greenshoe) ist mit dem Ausgabebetrag der neuen Aktien jener Kapitalerhöhung ident, die für die Mehrzuteilungsoption (Greenshoe) eingesetzt wird.

5. Bezugsrechtsausschluss für den Ausgleich von Spitzenbeträgen

Die Ermächtigung des Vorstandes zum Ausschluss des Bezugsrechtes für den Ausgleich von Spitzenbeträgen dient dazu, im Hinblick auf den Betrag der jeweiligen Barkapitalerhöhung ein praktikables Bezugsverhältnis darstellen zu können. Ohne diesen Ausschluss des Bezugsrechtes würde insbesondere bei einer Kapitalerhöhung mit einem runden Erhöhungsbetrag die technische Durchführung der Kapitalerhöhung erschwert. Die als freie Spitzen vom Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossenen neuen Aktien werden entweder durch Verkauf über die Börse oder in sonstiger Weise bestmöglich für die Gesellschaft verwertet. Diese Vorgangsweise ist marktüblich und sachlich gerechtfertigt, weil die Kosten eines allfälligen Bezugsrechtshandels bei Spitzenbeträgen in keinem vernünftigen Verhältnis zum Vorteil für die Aktionäre stehen und der mögliche Verwässerungseffekt aufgrund der Geringfügigkeit von Spitzenbeträgen vernachlässigbar ist.

6. Weitere Berichterstattung:

Im Falle eines Ausschlusses des Bezugsrechtes hat der Vorstand nach seiner Beschlussfassung und spätestens zwei Wochen vor der diesbezüglichen Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat einen entsprechenden Bericht gemäß den gesetzlichen Vorschriften zu veröffentlichen (§ 171 Abs 1 iVm 153 Abs 4 AktG).

Wien, im Mai 2011

Der Vorstand:

